

Millionenschaden durch Sozialbetrug: Kriminelle Netzwerke entlarvt!

Organisierter Sozialbetrug mit Scheinfirmen in Berlin verursacht Millionenverluste für Sozialkassen. Experten warnen vor Risiken.



Berlin, Deutschland - Ein alarmierender Trend zeigt sich im Bereich des Sozialbetrugs, der durch die Nutzung von Scheinfirmen und Stroh Männern aus Osteuropa zu massiven finanziellen Schäden bei den gesetzlichen Sozialkassen führt. Diese Aktivitäten sind nicht nur in Berlin bemerkenswert, wie **rbb24** berichtet, sondern weisen auch Parallelen zu Vorgehensweisen in anderen Ländern auf, wie etwa Österreich. Ein Beispiel ist der Fall eines polnischen Staatsbürgers, der als Geschäftsführer einer überschuldeten Immobilienfirma in Berlin eingesetzt wurde. Kurz nach der Übernahme verschwand dieser, während die tatsächlichen Eigentümer sich ihrer finanziellen Probleme entledigten.

Diese so genannten „insolventen Firmenhüllen“ ermöglichen es kriminellen Gruppen, sich durch gefälschte Arbeitsverträge als Arbeitgeber auszugeben. Insbesondere berichten Fachanwälte für Insolvenzrecht, dass es häufig zu Fällen kommt, in denen bis zu 40 Scheinbeschäftigte bei mehreren Krankenkassen angemeldet werden, obwohl viele dieser Personen nicht arbeiten oder nicht auffindbar sind. Die Beitragsschulden, die durch solche Machenschaften entstehen, belaufen sich auf eine Summe von etwa 900.000 Euro.

Die Herausforderungen für die Krankenkassen

Die AOK Nordost hat erst drei Jahre nach der formellen Übergabe des Unternehmens einen Insolvenzantrag gestellt. Dies verdeutlicht, wie schwierig es für Krankenkassen ist, solche Betrugsstrukturen frühzeitig zu erkennen. Obwohl sie auf die Angaben der Arbeitgeber angewiesen sind, zeigen Gerichtsurteile, dass hinter vielen Scheinanmeldungen bestimmte organisierte Netzwerke stecken. Ein Mangel an besserem Datenaustausch zwischen den Sozialversicherungsträgern erschwert zudem die frühzeitige Identifikation dieser Betrugsmuster.

Die jährlichen Schäden durch derartige Betrügereien werden auf mehrere Millionen Euro geschätzt. Für die Betroffenen hat dies schwerwiegende Konsequenzen, da die Sozialversicherungsbeiträge nicht gezahlt werden und die Systeme letztlich überlastet werden. In Sachsen und Berlin wurden ähnliche Fälle von Leistungsbetrug festgestellt, was die Dringlichkeit der Situation unterstreicht.

Österreichs Ansatz gegen Sozialleistungsbetrug

Im Zusammenhang mit dem Thema Sozialbetrug ist auch die Situation in Österreich von Bedeutung. Hier hat das

Bundeskriminalamt zur Bekämpfung des Sozialleistungsbetrugs eine Task Force, die SOLBE, eingerichtet. Seit 2018 verfolgt diese Organisation über 50 verschiedene Betrugsmodi, die in sieben Hauptkategorien eingeteilt werden. Prävalente Formen sind beispielsweise der unrechtmäßige Erhalt von Mindestsicherung trotz ausreichendem Vermögen oder der Missbrauch von Pensionsleistungen durch falsche Angaben.

Betrug, der durch falsche Informationen an die Behörden geschieht, ist in Österreich strafbar und kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren geahndet werden. Für Verstöße gegen Sozialhilfegesetze sind zudem Verwaltungsstrafen bis zu 4.000 Euro möglich. Verdachtsfälle können bei jeder Polizeidienststelle gemeldet werden, wobei das Bundeskriminalamt für Rückfragen zur Verfügung steht.

Die enge Verknüpfung von Fällen aus Berlin und den Initiativen in Österreich illustriert den weitreichenden Einfluss von organisiertem Betrug im Sozialbereich. Die Notwendigkeit eines verstärkten Informationsaustauschs und intensiverer Prüfmechanismen wird von Experten und Behörden gleichermaßen betont.

Details	
Vorfall	Betrug
Ort	Berlin, Deutschland
Schaden in €	900000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.rbb24.de• www.bundeskriminalamt.at

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de